

Regierungsratsbeschluss

vom 5. Juli 2021

Nr. 2021/1052

Vernehmlassung zur Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) Schreiben an das Bundesamt für Justiz, Bern

1. Erwägungen

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD hat mit Schreiben vom 14. April 2021 die Kantone zur Vernehmlassung zur Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) eingeladen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes wird die Stellungnahme an das Bundesamt für Justiz zur Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 5. Juli 2021

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (GK 5442)
Amt für Wirtschaft und Arbeit (3)
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)